VN Teil A, 25. November 2016

Mödlhammer gegen Pflichten

Gemeindebundpräsident hält nichts von verpflichtender Bürgerbeteiligung.

BREGENZ. Helmut Mödlhammer, Präsident des österreichischen Gemeindeverbands, warnt davor, Bürgerbeteiligung vorzuschreiben, wenn Projekte eine gewisse Größe erreichen. Verpflichtende Beteiligung von oben nach unten funktioniere nicht. Sie sei meist nicht repräsentativ. Im VN-Gespräch spricht er sich aber dafür aus, dass Bürger von sich aus Beteiligung erzwingen könnten. Außerdem erklärte er, weshalb der Bürgermeisterjob trotz niedrigen Gehalts ein schöner Beruf sei und was er von Gemeindefusionen hält. Mödlhammer ist sich sicher: Kleine Gemeinden hätten viele Vorteile. Menschen seien noch Namen, keine Nummern. /A5

VN-GESPRÄCH. **Helmut Mödlhammer (64), scheidender Präsident des Österreichischen Gemeindebundes**

Plädoyer für Kleingemeinden

Für Gemeindebund-Chef Mödlhammer haben kleine Gemeinden zahlreiche Vorteile.

MICHAEL PROCK
E-Mail: michael.prock@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-633

DORNBIRN. Helmut Mödlhammer steht seit 1999 Österreichs Gemeinden vor. Im März 2017 ist Schluss, dann übergibt er sein Amt des Gemeindebundpräsidenten. Den wohl letzten großen Auftritt hat er schon hinter sich: Bei den Finanzausgleichsverhandlungen verschaffte er sich mit der Forderung nach 500 Millionen Euro extra Gehör. Am Mittwoch war er bei den Standortgesprächen (mehr dazu auf Seite D3) zu Gast. Mit den VN sprach er über Gemeindefusionen, Bürgermeisterinnen und den Finanzausgleich.

500 Millionen Euro sind es nicht geworden, auch die Länder forderten diesen Betrag. Auf 300 Millionen Euro ließ sich der Finanzminister weichklopfen, ein Drittel davon bekommen die Gemeinden. Also rund 100 Millionen: „Nun müssen wir den Kuchen aufteilen, da gibt es unterschiedliche Meinungen", schildert Mödlhammer. Seine Forderungen im Vorfeld zu artikulieren, war im Aufmerksamkeitswettbewerb zwischen Landeshauptleuten und Bundesverantwortlichen kein einfaches Unterfangen, wie er ausführt: „Wir sind die Vertreter der kleinsten Einheit, deshalb sind wir diejenigen, die am lautesten schreien müssen."

Gegen Verpflichtungen

Die Landespolitik diskutiert aktuell zwei Gemeindethemen. Einerseits rückte eine Veranstaltung des Landesrechnungshofs die Gemeindefusionen in den Fokus. Andererseits trat die Opposition im Landtag gemeinsam vor die Presse, um mehr Tempo bei der Reform des Gemeindegesetzes zu fordern. Dazu legten die Parteien Ideen vor, etwa verpflichtende Bürgerbeteiligung. Mödlhammers Meinung: „Ich halte von Verpflichtungen in diesem Bereich überhaupt nichts." Dass Bürger von sich aus Beteiligung einfordern dürfen, sei aber sinnvoll. Mödlhammer warnt zudem vor einem Recht auf schriftliche Anfragen: „Eine Gemeinde ist kein Landtag. Es gibt das mündliche Anfragerecht, das soll man natürlich nützen."

Kleine Gemeinden haben für Mödlhammer viele Vorteile: Bürger würden der Verwaltung eher vertrauen, sich mehr beteiligen und wohler fühlen. Deshalb seien Fusionen vorsichtig zu betrachten. Der Schweizer Experte Reto Steiner erklärte im VN-Interview, dass damit kein Geld gespart werde, die Qualität der Angebote verbessere sich aber. Mödlhammer relativiert: „In fachlicher Hinsicht stimmt das vielleicht. Beim hochgelobten Vorbild Dänemark habe ich keinen Menschen lächelnd aus dem Gemeindezentrum rausgehen sehen. Die haben da Nummern, keine Namen mehr."

Mödlhammer über die Versuche, mehr Frauen für das Bürgermeisteramt zu begeistern: „Ein mühsames Unterfangen." FOTO: VN/HOFMEISTER

Die Gemeindestruktur in Vorarlberg ist seit 1947 unverändert. „Sie wird sich auch in den nächsten 30 Jahren nicht wesentlich ändern, Vorarlbergs Gemeinden funktionieren gut", ist sich Mödlhammer sicher. Die Gemeinden müssten sich jedoch überlegen, welche Aufgaben sie abgeben. „Das Spitalswesen zum Beispiel ist keine Gemeindeaufgabe."

Zu wenig Gehalt

Ein weiterer Vorteil kleiner Gemeinden sei die Nähe zum Bürgermeister: „Er ist Manager, Psychologe, Mutmacher, Mädchen für alles." Allerdings würden sie zu wenig verdienen: „Ein Bürgermeister einer Kleingemeinde kann von seinem Gehalt kaum leben." Dennoch rät er jungen Menschen zu diesem Amt: „Es ist die schwierigste, aber auch die schönste Aufgabe."

Mödlhammer würde gerne mehr Frauen an der Spitze sehen: „Es ist ein mühsames Unterfangen." Vor 18 Jahren waren 35 Gemeinden von Frauen geführt worden, heute sind es 169 (von 2100). Dies sei ohne Direktwahl einfacher. „Aber ich bin ein Fan der Direktwahl. Der Bürgermeister steht in seiner Funktion über den Parteien." Er ist guter Dinge, was die Verweiblichung auf den Gemeindechefsesseln angeht: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, haben wir in 25 Jahren ein ausgeglichenes Verhältnis." Was dann nicht mehr in Mödlhammers Amtszeit fällt. Er übergibt im März. An wen, steht offiziell noch nicht fest.

/Mehr dazu auf Seite D3

VORARLBERGER STANDORTGESPRÄCHE. **Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer über die Zukunft der Gemeinden**

Volles Haus bei den „Vorarlberger Standortgesprächen" in der Aula der FH Vorarlberg. FOTOS: VN/HOFMEISTER

Die Fundamente des Staates

Für den obersten Vertreter der Gemeinden ist Vorarlbergs Kommunalpolitik beispielhaft für ganz Österreich.

DORNBIRN. (ha) Seit nunmehr 18 Jahren ist Helmut Mödlhammer (64) Präsident des Österreichischen Gemeindebundes. Demnächst wird er sein Amt abgeben. Die meisten der 2100 Gemeindeoberhäupter werden ihn vermissen, denn er hat sich als harter Kämpfer für die Interessen der Kommunen einen guten Ruf erworben. In Dornbirn zog er am Mittwochabend in der FH Vorarlberg im Rahmen der Vorarlberger Standortgespräche eine Bilanz über seine Arbeit.

„Ich komme gerne nach Vorarlberg, denn hier funktionieren die Gemeinden hervorragend, sie sind ein Vorbild für ganz Österreich", streute der scheidende Präsident den anwesenden Bürgermeistern Blumen. Er kennt die Verhältnisse im Land und er weiß, dass hierzulande das Vertrauen in die Gemeindepolitik besonders groß ist, „weil sich Menschen in das politische Geschehen einbringen können".

Mödlhammer prophezeit den Gemeinden, ob klein oder groß, eine gesicherte Zukunft, obwohl die Probleme nicht kleiner werden. Eine Herausforderung für viele Kommunen auf dem Land ist die Landflucht.

„Derzeit verlieren zwei Drittel ländlicher Kommunen Einwohner, und das erfüllt mich mit Sorge." Dieser Bewegung könne man mit Investitionen in ländliche Gebiete Paroli bieten, so wie dies mit Erfolg etwa in der Steiermark, im Waldviertel oder auch im Burgenland erfolgreich praktiziert werde.

Bgm. Harald Köhlmeier, FH-Rektorin Tanja Eiselen, Prof. Helmut Mödlhammer, Gerald Mathis (ISK) und Wilfried Hopfner, Raika-Vorstand.

Zusammenlegungen von Gemeinden, um Kosten zu sparen, sind für Mödlhammer keine Lösung. Das Streben nach Zusammenarbeit und Kooperation in verschiedensten Bereichen sei allerdings ein Gebot der Stunde, auch um die Gemeindefinanzen im Griff zu behalten: „Nicht jedes Dorf muss alles anbieten können." Besonders wichtig erscheint dem obersten Gemeindechef die Verbesserung der Rahmenbedingungen, etwa durch entsprechende Entlohnung von Kommunalpolitikern, „die Suche nach Funktionären wird zunehmend schwieriger".

Ein Grund für Politikerverdruss ist die Tatsache, dass Kommunen oft im Regen stehen gelassen werden. Ein Beispiel nannte der Bezauer Bürgermeister Gerhard Steurer: Entgegen früherer Abmachungen sei die Finanzierung einer überregionalen Einrichtung für Kinderbetreuung, die immerhin eine halbe Million Euro kostet, auf einmal nicht mehr gesichert. Für Mödlhammer keine Überraschung: „Ich warne ausdrücklich davor, Versprechungen für wahr zu halten, bevor das Geld auf dem Tisch liegt." Für Wilfried Hopfner, Vorstandsvorsitzender der Raika Landesbank, sind Veranstaltungen wie die Standortgespräche, die seit Jahren auch vom ISK-Chef Gerald Mathis organisiert werden, eine gute Möglichkeit, auf Gemeindeebene Dinge aufzuzeigen, die verbessert werden können. **/Siehe auch A5**

ISK-Mitarbeiterinnen Sylvia Schulze (li.) und Corina Zotter.

Gemeindeverbands-Vize Werner Müller (li.) und der Götzner Bgm. Christian Loacker.

Karl Wutschitz, Bgm. Sulz (li.), Christoph Kirchengast, GF Region Vorderland-Feldkirch.

Alt-FH-Rektor Guntram Feurstein (li.), Hanno Ledermüllner, Stadtamtsdirektor Dornbirn.

Erik Spizak, Raika Landesbank, Patrick Wiedl, Gemeinderat Lustenau.

Die Dornbirner Stadtchefin Andrea Kaufmann und Altbürgermeister Erwin Mohr.

Planung und Management

Gerald Mathis

Standortattraktivität, wirtschaftlicher Wohlstand und eine nachhaltige Entwicklung unserer Länder, Gemeinden und Regionen sind das Resultat gezielter, organisierter und professioneller Arbeit. So werden sich unsere Gemeinden und Regionen in Zukunft intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen.

Die Kommunen stehen vor immer schwierigeren Herausforderungen. Die generelle Sicherung der Wirtschafts- und Finanzkraft wird für viele Gemeinden zu einem immer dringlicheren Problem. Damit verbunden ist die Standortattraktivität für Bürger und Wirtschaft. Es gilt, die Einwohnerentwicklung und nachhaltige Sicherung des kommunalen Standorts langfristig zu gewährleisten und auch die Qualität und den Umfang der kommunalen Dienstleistungen zu garantieren. Alle diese Themenbereiche bedingen einander. Sie bedingen vor allem jedoch eine professionellere Herangehensweise im Sinne einer gesamthaften und nachhaltigen Gemeinde- und Regionalentwicklung.

Überall dort, wo die öffentliche Hand zielorientiert plant und agiert, gestaltet sich Wohlstand besser als an Standorten, die nur der „gewohnten" Anlasspolitik folgen. Sie müssen im unternehmerischen Sinne aktiv werden und darüber nachdenken, in welche Richtung sich ihre Gemeinde entwickeln kann. Hier liegt auch ein hohes Maß an Verantwortung. Von ihnen werden die Initiierung und das Management derartiger Prozesse gefordert.

Gerald Mathis, Vorstand ISK-Institut, Leiter Studiengang Standort- und Regionalmanagement, FH Vorarlberg

Gemeindeverband Vorarlberger Gemeindehaus
INSTITUT FÜR STANDORT-, REGIONAL- UND KOMMUNALENTWICKLUNG ISK
Raiffeisen Meine Bank
FHV University of Applied Sciences
VORARLBERGER NACHRICHTEN